

## „Die Kirchentage der Evangelischen Landeskirche Greifswald 1978 bis 1988“

Dr. Sophie Ludewig, Ankershagen

Auch ich begrüße Sie sehr herzlich zur Vorstellung meiner Studie zu den Kirchentagen im Norden der DDR. Ich bedanke mich ganz besonders bei Irmfried Garbe und dem gesamten Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für die Einladung!

Im Rahmen meiner Promotion an der Universität Greifswald bei Prof. Kuhn habe ich mich intensiv mit den Kirchentagen Landeskirche Greifswald und der Landeskirche Mecklenburgs zwischen 1978 und 1988 beschäftigt. In diesem Zeitraum fanden fünf Kirchentage im Norden statt: 1978 in Stralsund, 1981 in Stralsund, 1983 in Rostock, 1985 in Greifswald und 1988 in Rostock. Bevor wir in die Diskussionsrunde einsteigen, möchte Ihnen den Kontext und einige Ergebnisse meiner Untersuchung kurz vorstellen. Zunächst werde ich den bisherigen Forschungsstand und die Quellenlage skizzieren und meine Vorgehensweise erläutern.

Nach dem Zusammenbruch der DDR führten die Öffnung wichtiger Aktenbestände, zum Beispiel des Parteiarchivs der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit, sowie aufgehobene Sperrfristen und großzügige Förderprogramme zu einem rasanten Anstieg von Publikationen im Bereich der DDR-Forschung. Seitdem haben sich unzählige Studien mit verschiedenen Aspekten der Geschichte des untergegangenen SED-Regimes befasst<sup>1</sup>. Während das öffentliche Interesse an diesem Themengebiet nach wie vor relativ groß ist, wird innerhalb der Geschichtswissenschaft seit Jahren diskutiert, ob das Thema mittlerweile nicht ausgeschöpft sei<sup>2</sup>. Forschungsarbeiten zur Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR sorgten vor allem in den 1990er Jahren für einige Kontroversen und großes mediales Aufsehen<sup>3</sup>. Zur Geschichte der pommerschen bzw. Greifswalder Landeskirche sowie der mecklenburgischen Kirche während der DDR-Zeit wurden bisher allerdings nur wenige Arbeiten publiziert. Dazu gehört u. a. die Arbeit von Rahel Frank zum kirchenpolitischen Weg der Greifswalder Kirche zwischen 1980 und 1989<sup>4</sup>. Für die mecklenburgische Kirche ist als einziges umfangreicheres Beispiel Rahel Franks Untersuchung der staatlichen Kirchenpolitik im Zeitraum von 1971 bis 1989 zu nennen<sup>5</sup>.

Die Geschichte der Kirchentagsbewegung in der DDR wurde in der Forschung bislang ebenfalls sehr selten in den Blick genommen. Eine umfassendere Arbeit ist Peter Beiers Studie zu den Kirchentagskongressen in Sachsen zwischen 1968 und 1975<sup>6</sup>. Sie konzentriert sich zwar auf die

---

<sup>1</sup> Vgl. Gieseke: Zeitgeschichtsschreibung und Stasi-Forschung, S. 218f.; Mählert: Totgesagte leben länger, S. 9-11.

<sup>2</sup> Vgl. Mählert: Totgesagte leben länger, S. 20. So bilanzierte der Sozialhistoriker Jürgen Kocka im Jahr 2003, die Geschichte der DDR sei bereits größtenteils erforscht. Etwa zehn Jahre später revidierte er sein Urteil, indem er einräumte, dass zum Beispiel eine transregionale und transnationale DDR-Forschung durchaus lohnenswert wäre. Vgl. Hoffmann et al.: Die DDR als Chance, S. 23; Kocka: Grenzüberschreitung als Chance, S. 134-137.

<sup>3</sup> Hier sind vor allem die Arbeiten von Gerhard Besier zu nennen, insbesondere seine dreibändige Darstellung „Der SED-Staat und die Kirche“ (1993-1995) die in der Forschung nicht unumstritten waren.

<sup>4</sup> Frank: Einsam oder gemeinsam? Der „Greifswalder Weg“ und die DDR-Kirchenpolitik 1980 bis 1989, Schwerin 2016. Dabei handelt es sich um die überarbeitete und um ein Kapitel zur Aufarbeitung nach 1990 erweiterte Ausgabe der 1998 veröffentlichten Dissertation der Autorin (Rahel von Saß: Der „Greifswalder Weg“. Die DDR-Kirchenpolitik und die Evangelische Landeskirche Greifswald 1980 bis 1989, Schwerin 1998).

<sup>5</sup> Frank: „Realer, exakter, präziser“? Die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs 1971 bis 1989, Schwerin 2008.

<sup>6</sup> Beier: Missionarische Gemeinde in sozialistischer Umwelt. Die Kirchentagskongressarbeit in Sachsen im Kontext der SED-Kirchenpolitik (1968-1975), Göttingen 1999.

sächsische Landeskirche, bietet aber in ihrem einleitenden Teil auch einen kurzen Überblick zur Entwicklung der Kirchentagsarbeit vom Mauerbau bis Anfang der 1970er Jahre<sup>7</sup>. Zu den wenigen Untersuchungen, die die Treffen im Norden der DDR aufgreifen, gehört die eben erwähnte Arbeit von Rahel Frank zur Greifswalder Kirche in den 1980er Jahren. Darin wirft die Autorin aber nur einen sehr kurzen Blick auf die Kirchentage 1985 in Greifswald und 1988 in Rostock<sup>8</sup>. Insgesamt ist die Zahl der Studien, die sich damit beschäftigen, wie und unter welchen Bedingungen diese kirchlichen Großereignisse im SED-Staat stattfanden, also vergleichsweise gering. Vor allem im Hinblick auf die Treffen im Bereich der mecklenburgischen und der Greifswalder Landeskirche war somit Grundlagenarbeit zu leisten. Bisher wurden einzelne Kirchentage im Nordosten lediglich zur Untersuchung des Verhältnisses zwischen den Staatsorganen und der Greifswalder Landeskirche oder zur Analyse der kirchenpolitischen Maßnahmen der SED in den Blick genommen. Dabei blieben aber selbst im Hinblick auf die staatliche Position viele Hintergründe und Zusammenhänge unberücksichtigt. So sind zum Beispiel die Veränderungen in der Haltung der SED-Führung zu den Kirchentagen und die daraus resultierenden staatlichen Maßnahmen nach wie vor nicht hinreichend erforscht. Darüber hinaus wurden bisher hauptsächlich Akten aus dem Bestand des Ministeriums für Staatssicherheit und der SED-Bezirksleitung Rostock ausgewertet, kirchliche Quellen wurden hingegen selten herangezogen. Der Kirchentag als Veranstaltung für Gemeindeglieder stand kaum im Fokus, obwohl dies ein grundlegender Aspekt ist. Auch theologische und ökumenische Themen sowie das Engagement der Laien wurden zumeist ausgeblendet. Außerdem blieben Fragen zur Organisationsstruktur der Kirchentage und zur Verortung der Treffen in ihrem kirchlichen Umfeld weitgehend unbeantwortet. Es fehlte somit eine Forschungsarbeit, die dem Facettenreichtum des Kirchentags in der DDR umfassend Rechnung trägt und damit einen Beitrag zu seiner Rolle und seinem Wesen leistet.

Meine Studie stützt sich auf eine breite Quellenlage, vornehmlich aus kirchlichen Archiven. Darüber hinaus habe ich eine große Anzahl staatlicher Aktenbestände gesichtet. Die Bestände des Rates des Bezirks Rostock und der SED im Bezirk Rostock, die im Landesarchiv Greifswald lagern, sind äußerst umfangreich. Zu den Kirchentagen und der kirchenpolitischen Lage im Bezirk verfassten die Mitarbeiter der Abteilung Kirchenfragen und des Stellvertreters für Inneres beim Rat des Bezirks zahlreiche „Informationen“ und Konzeptionen sowie Berichte von Gesprächen mit Kirchenvertretern und von Kirchentagsveranstaltungen. Auch die SED-Bezirksleitung und die Kreisleitungen der SED erstellten Arbeitspläne und Konzeptionen und werteten die Treffen aus. Im Bundesarchiv Berlin befindet sich die Überlieferung des Staatssekretariats für Kirchenfragen, das Konzeptionen und Vorgaben zum Vorgehen der Räte der Bezirke hinsichtlich der Kirchentage erarbeitete.

Eine weitere wichtige Quelle für die vorliegende Untersuchung bilden die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit. Dabei handelt es sich vor allem um Maßnahmepläne sowie Tages- und Abschlussberichte aus den Kreisdienststellen Rostock, Greifswald und Stralsund. Außerdem habe ich Dokumente aus IM-Akten, Operativen Personenkontrollen und Operativen Vorgängen ausgewertet. Über den Wert der Stasi-Akten für die Forschung wurde seit der Öffnung der Archive Anfang der 90er Jahre zum Teil heftig diskutiert. Dass die Archive der ehemaligen MfS-Dienststellen überhaupt öffentlich zugänglich sind, ist dem Engagement der Bürgerkomitees der Friedlichen Revolution zu verdanken. Für die evangelischen Kirchen bedeutete die Öffnung des

---

<sup>7</sup> Vgl. ebd. S. 8-102.

<sup>8</sup> Vgl. Frank: Einsam oder gemeinsam?, S. 137-174.

Archivs zunächst einen großen Imageschaden: Hatte man sie während der Friedlichen Revolution noch als entscheidenden Faktor des Umbruchs und Hort des Widerstands gegen die SED-Diktatur angesehen, stand sie nach der Enthüllung der Stasi-Kontakte von einigen prominenten Kirchenvertretern wie Manfred Stolpe plötzlich unter dem Verdacht der Kollaboration mit dem DDR-Regime<sup>9</sup>. Dem Verlust an Glaubwürdigkeit und Vertrauen versuchten die Landeskirchen entgegenzuwirken, indem sie Ausschüsse zur Aufarbeitung der MfS-Verstrickung ihres Personals bildeten<sup>10</sup>. Außerdem führten die Landeskirchen formale Überprüfungen ihrer aktiv im Dienst stehenden Mitarbeiter durch, zumeist allerdings basierend auf Freiwilligkeit<sup>11</sup>. Im Rahmen der kirchlichen Aufarbeitungsprozesse wurden die Stasi-Akten zum Teil als zweifelhafte Quelle ohne echten Aussagewert über die tatsächliche Zusammenarbeit der Kirchenvertreter mit dem MfS abgelehnt<sup>12</sup>.

In der Forschung bestand jedoch bald nach der ersten Sichtung der Bestände ein allgemeiner Konsens darüber, dass die Unterlagen der Staatssicherheit eine unverzichtbare Quelle für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte darstellen – nicht nur in Bezug auf die Rolle der Kirchen. Zum einen wegen des außerordentlich großen Umfangs der Materialien und zum anderen, weil das MfS in nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens eingedrungen war<sup>13</sup>. Für eine Verwendung spricht außerdem, dass sich die Stasi bei der Informationsbeschaffung aus Effizienzgründen darum bemühte, verfälschende Faktoren auszuschließen<sup>14</sup>. Daher nahm sie eine ständige Bewertung, Kontrolle und Überprüfung ihrer Informationserhebung vor, besonders im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern<sup>15</sup>. Darüber hinaus sind die Akten des MfS etwas sachlicher gehalten und weniger beschönigend als die Berichte der SED und anderer staatlicher Organe, weshalb man ihren Wahrheitsgehalt als vergleichsweise hoch einschätzen kann<sup>16</sup>. Dennoch muss man bei der Auswertung der Stasi-Unterlagen große quellenkritische Vorsicht walten lassen, da auch sie einen hohen Grad an Ideologisierung aufweisen, der teilweise zu erheblichen Fehleinschätzungen der Verfasser bei der *Bewertung* von Ereignissen, Aussagen und Handlungsweisen führte<sup>17</sup>. In meiner Studie habe ich Akten der Staatssicherheit vorwiegend dazu herangezogen, die so genannte „Bearbeitung“ der Kirchentage durch das MfS zu beleuchten. Dabei lag der Fokus vor allem darauf, an welchen Informationen und Veranstaltungen die Stasi interessiert war, welche Äußerungen und Handlungen sie als „feindlich-negativ“ einstufte und welche

---

<sup>9</sup> Vgl. Vollnhals: *Zugleich Helfer der Opfer und Helfer der Täter?*, S. 434.

<sup>10</sup> Vgl. Frank: *Einsam oder gemeinsam?*, S. 363f.; Ulrich Schröter: *Die „Bearbeitung“ der Landeskirche Berlin-Brandenburg durch das MfS*, S. 191; Stier: *„Um der Kirche willen“*, S. 417 und S. 419.

<sup>11</sup> Lediglich in Thüringen und Mecklenburg wurde eine Regelüberprüfung aller aktuell in der Landeskirche angestellten Personen beschlossen. Vgl. Schilling: *Die „Bearbeitung“ der Landeskirche Thüringen durch das MfS*, S. 212f. Im Hinblick auf die beiden nördlichen Landeskirchen ergaben sich folgende Ergebnisse: In Mecklenburg prüfte man rund 850 Fälle. Darauf folgten zwölf disziplinarische Verfahren und zehn Entlassungen aus dem Dienst. Bei der pommerschen Kirche wurden 660 Fälle untersucht, aber nur zwei Disziplinarverfahren eingeleitet. Einem Pastor wurden die Ordinationsrechte entzogen, ein anderer wurde zwei Jahre seines Amtes enthoben, danach aber wieder als Pfarrer in der PEK beschäftigt. Vgl. Stier: *„Um der Kirche willen“*, S. 421f.; Frank: *Einsam oder gemeinsam?*, S. 373f.

<sup>12</sup> Vgl. Frank: *Einsam oder gemeinsam?*, S. 389 und S. 401.

<sup>13</sup> Vgl. Hecht: *Die Stasi-Unterlagen als Quelle zur DDR-Geschichte*, S. 215; Engelmann: *Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit*, S. 24f.

<sup>14</sup> Vgl. Engelmann: *Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit*, S. 30f.; Hecht: *Die Stasi-Unterlagen als Quelle zur DDR-Geschichte*, S. 216.

<sup>15</sup> Vgl. Hecht: *Die Stasi-Unterlagen als Quelle zur DDR-Geschichte*, S. 216; Engelmann: *Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit*, S. 31f.

<sup>16</sup> Vgl. Engelmann: *Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit*, S. 39; Wolle: *Die Aktenüberlieferung der SED als historische Quelle*, S. 218f.

<sup>17</sup> Vgl. Engelmann: *Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit*, S. 37-39.

Maßnahmen sie einleitete. Rekonstruktionen innerkirchlicher Abläufe anhand von Unterlagen des MfS wurden nur unter Anwendung methodischer Vorsichtsmaßnahmen vorgenommen.

Meine Dissertation leistet einen Beitrag zur Entwicklung des Kirchentags in der DDR aus regionalgeschichtlicher Perspektive. Damit ergänzt sie auch die Forschung zur Geschichte der Landeskirchen Mecklenburg und Greifswald im Zeitraum zwischen 1978 und 1988 um einen bisher weitgehend vernachlässigten, wichtigen Aspekt. Um ein möglichst umfassendes Bild dieser Großveranstaltungen zu zeichnen, habe ich sieben Hauptaspekte der Durchführung eines DDR-Kirchentags in den Blick genommen: die Organisation durch die Kirchentagsausschüsse, die staatlichen Konzeptionen und Maßnahmen, das Engagement kirchlicher Laien, die Behandlung theologischer Themen, die gesellschaftspolitische Dimension, die Ökumene sowie die Auswertungen durch die Organisatoren, die staatlichen Stellen und die Presse. Im Folgenden möchte ich nun ein paar ausgewählte Ergebnisse meiner Studie vorstellen.

## **1. Die Laien**

Der Deutsche Evangelische Kirchentag hatte sich 1949 in Hannover ausdrücklich als Bewegung von Laien für Laien gegründet. Der Kirchentagsinitiator Reinold von Thadden-Trieglaff und seine Mitstreiter wollten den kirchlichen Laien eine Möglichkeit bieten, sich über geistliche, soziale und politische Themen auszutauschen, damit sie die Erneuerung von Kirche und Gesellschaft im Nachkriegsdeutschland aktiv mitgestalteten. Als es nach dem Mauerbau zur Trennung der Kirchentagsarbeit in der Bundesrepublik und der DDR kam, veränderte sich im Osten jedoch die Stellung der Laien innerhalb der Kirchentagsstruktur. Da sich die Kirchentagsarbeit in der DDR oftmals staatlichen Repressionen ausgesetzt sah, bedurfte sie eines größeren Rückhalts durch die Institution Kirche. Die enge personelle Verzahnung von Landeskirchen und Kirchentagsausschüssen machte es den Verantwortlichen der Kirchentage leichter, während der Vorbereitungen in Verhandlungen mit den staatlichen Organen zu treten<sup>18</sup>. Denn das Wort eines Bischofs besaß in den Augen der staatlichen Funktionäre deutlich mehr Autorität als das eines „einfachen“ Kirchenmitglieds. Vor diesem Hintergrund zeigte sich auch die Kirchentagsarbeit im Norden der DDR sehr dominiert von kirchlichen Amtsträgern. In den wichtigsten Gremien – dem Landesausschuss und der zentralen Vorbereitungsgruppe – waren vor allem Pastoren und andere kirchliche Mitarbeiter vertreten<sup>19</sup>. Den dortigen Vorsitz hatte stets ein ordinerter Theologe inne. Da die Programme in den 1980er Jahren immer umfangreicher wurden, war aber auch das Engagement von ehrenamtlichen Gemeindegliedern in zunehmendem Maße gefragt<sup>20</sup>. Sie beteiligten sich an den Vorbereitungen vieler Veranstaltungen, aber nur sehr selten in leitender Funktion, denn diese übernahmen nahezu ausschließlich Pfarrer. Während der Treffen traten Laien oftmals als Darsteller in Spielszenen, als Chorsänger und Bläser oder bei der Verpflegung der Besucher in Erscheinung.

---

<sup>18</sup> Vgl. dazu auch Beier: Missionarische Gemeinde in sozialistischer Umwelt, S. 66f.

<sup>19</sup> Der Greifswalder Landesausschuss hatte zwischen sieben und zehn Mitglieder, von denen maximal ein Drittel nicht bei der Kirche angestellt war. Pastoren waren stets am stärksten vertreten. Im mecklenburgischen Landesausschuss erwies sich der Anteil der Laien mitunter etwas höher: Beim Kirchentag 1983 war die Hälfte der 14 Mitglieder nicht beruflich bei der Kirche tätig, beim Kirchentag 1988 handelte es sich bei vier der zwölf Mitglieder nicht um hauptamtliche Kirchenmitarbeiter. Doch auch im mecklenburgischen Ausschuss bildeten Pastoren die größte Gruppe. In den zentralen Vorbereitungsgruppen wirkten ebenfalls fast ausschließlich Angestellte der Landeskirchen mit: Bei einer Gruppenstärke von fünf bis neun Personen waren jeweils nur ein bis zwei Ehrenamtliche involviert.

<sup>20</sup> Den Stralsunder Kirchentag 1978 bereiteten insgesamt 170 Personen vor, beim Rostocker Kirchentag 1988 waren es rund 800 Mitarbeiter.

Eine besondere Form der inhaltlichen Programmgestaltung durch Laien war aber die Aktion „Sei unser Gast“. Die Idee dazu stammte von Pastor Winrich Jax, der als Mitglied der Zentralen Vorbereitungsgruppe am Kirchentag mitwirkte. Innerhalb dieser Vorbereitungsgruppe hatte es Debatten darüber gegeben, ob das Format der Arbeitsgruppen, die sich bisher immer am zweiten Veranstaltungstag zur Diskussion vorgegebener Themen getroffen hatten, noch zeitgemäß wäre<sup>21</sup>. Ein Anlass waren die Veränderungen, die sich in den 1970er Jahren bei den bundesdeutschen Kirchentagen abgezeichnet hatten. Dort vollzog sich Mitte der 1970er eine grundlegende Wandlung. Man entwickelte neue Veranstaltungsformate wie den „Markt der Möglichkeiten“ und die „Liturgische Nacht“, die den Teilnehmern mehr Partizipation ermöglichten<sup>22</sup>. Inspiriert von diesen Neuerungen drängte man auch in Stralsund auf Veränderungen. Durch „Sei unser Gast“ erhoffte man sich eine Neubelebung des Interesses am Kirchentag und eine bessere Gesprächsbeteiligung der einzelnen Besucher<sup>23</sup>. Bei „Sei unser Gast“ sollten die Gespräche deshalb in kleinem Kreis mit höchstens zehn Personen und in einem „familiären“ Ambiente stattfinden. Als Vorbild dienten die Hauskreise, die in den städtischen Plattenbaugebieten eine wichtige Grundlage für das Gemeindeleben darstellten<sup>24</sup>.

Der Landesausschuss begegnete diesem Programmpunkt zunächst mit großer Skepsis, vor allem im Hinblick auf die praktische Durchführung<sup>25</sup>. Vermutlich hingen die Bedenken auch mit der Frage zusammen, wie die staatlichen Stellen reagieren würden. Und wie nicht anders zu erwarten, standen diese der geplanten Aktion mit deutlicher Ablehnung gegenüber. Mit der Begründung, dass „derartige Zusammenkünfte“ über den Rahmen des Kirchentags hinausgingen und – Zitat – „für keine Seite kontrollfähig“ wären, versuchte der Rat des Bezirks Rostock im Gespräch mit Bischof Gienke und dem Landesausschussvorsitzenden Siegfried Plath zu erreichen, dass die Kirchenleitung Einfluss auf die Auswahl der Gastgeber nahm<sup>26</sup>. Dass die Kirchenleitung dieser Aufforderung nachkam, lässt sich anhand der Akten allerdings nicht bestätigen. Die Suche nach geeigneten Gastgebern war zunächst eine Herausforderung. Zwar wollten sich einige Mitarbeiter der Vorbereitungsgruppe selbst zur Verfügung stellen, aber man ging davon aus, dass deutlich mehr Freiwillige erforderlich waren<sup>27</sup>. Schließlich konnte die Gruppe weitere Stralsunder gewinnen. Insgesamt nahmen über 50 Menschen als Gastgeber an der Aktion teil, hinzu kamen drei Gesprächsrunden mit der Kirchenleitung<sup>28</sup>. Um eine vertraute Atmosphäre zu schaffen, wurde etwa drei Monate vor Beginn des Kirchentags ein Briefwechsel zwischen den angemeldeten Teilnehmern und den gastgebenden Stralsundern initiiert<sup>29</sup>. Das erleichterte den Beteiligten das gegenseitige Kennenlernen und sollte sich positiv auf das Gesprächsklima auswirken. Im Hinblick auf die Zusammensetzung der Gruppen achtete der Ortsausschuss darauf, dass Menschen unterschiedlichen Alters und verschiedener Herkunft zusammentrafen<sup>30</sup>. Auch bezüglich möglicher Gesprächsthemen wurde Vielseitigkeit angestrebt. Tatsächlich erwies sich das Spektrum der Themen, die die

---

<sup>21</sup> Vgl. Gespräch mit Winrich Jax am 29. Mai 2013.

<sup>22</sup> Vgl. Schroeter-Wittke: Der Deutsche Evangelische Kirchentag in den 1960er und 70er Jahren, S. 219f.

<sup>23</sup> Vgl. Gespräch mit Winrich Jax am 29. Mai 2013.

<sup>24</sup> Vgl. ebd.

<sup>25</sup> Vgl. LKAG, Best. KT, Nr. 53.1: Protokoll der Sitzung des Greifswalder Landesausschusses am 29.9.1977, S. 1.

<sup>26</sup> Vgl. LAG, IV/D/2.13 Nr. 612, Blatt 148: „Aktenvermerk über ein Gespräch mit Bischof Gienke, Präses Affeld und OKR Dr. Plath“, 2.1.1978, S. 5.

<sup>27</sup> Vgl. Gespräch mit Winrich Jax am 29. Mai 2013.

<sup>28</sup> Vgl. LKAG, Best. KT, Nr. 53.1: Protokoll über die Auswertung des 7. Kirchentags der ELKG, August 1978, S. 3.

<sup>29</sup> Vgl. Gespräch mit Winrich Jax am 29. Mai 2013.

<sup>30</sup> Vgl. „Auf der Suche nach Leben‘ – Vom Kirchentag in Stralsund“ In: Die Kirche (Greifswalder Ausgabe), Jg. 33, Nr. 29 vom 16.7.1978, S. 1.

insgesamt etwa 300 Teilnehmer diskutierten, als recht umfangreich. Man sprach über die Kirchentagslosung und persönliche Erlebnisse und griff Fragen des christlichen Lebens, die Einführung des Wehrunterrichts oder die Friedensproblematik auf<sup>31</sup>.

Die Auswertung dieses Experiments fiel aus Sicht der Veranstalter, der Teilnehmer und der kirchlichen Presse sehr positiv aus<sup>32</sup>. Man war sich einig, dass „Sei unser Gast“ eine große Bereicherung des Programms war und sich positiv auf die Stimmung unter den Besuchern ausgewirkt hatte. Durch die Aktion gelang es den Initiatoren offenbar, die bei Großveranstaltungen vorherrschende Anonymität weitgehend aufzulösen. Vor allem der vorangegangene Briefwechsel zwischen Gastgebern und Gästen trug dazu bei, dass aus den Zufallsbekanntschaften oftmals Freundschaften entstanden. Schließlich bewog der Erfolg die Veranstalter, „Sei unser Gast“ beim Rostocker Kirchentag 1983 zu wiederholen, wo die Resonanz sogar noch größer ausfiel. Insgesamt gesehen waren die Kirchentage im Norden der DDR aber vor allem von hauptamtlichen Kirchenvertretern geprägt. Die Mitglieder des Ausschusses von 1988 resümierten, Laien hätten oft große Probleme, sich in der Öffentlichkeit auszudrücken und zu leiten<sup>33</sup>. Offenbar traute man den Laien die Übernahme größerer Verantwortung nicht zu, unternahm aber gleichzeitig wenig, um deren Qualifizierung voranzutreiben. Hier wird deutlich, dass in der Greifswalder und auch in der mecklenburgischen Landeskirche in den 1970er und 80er Jahren die Leitungsfunktion der Pfarrer in den Gemeinden stark ausgeprägt gewesen ist<sup>34</sup>. Man war es eben gewohnt, dass die Pastoren bei der Organisation und Gestaltung des Gemeindelebens den Ton angaben und Laienmitgliedern leitende Aufgaben nur selten übertragen wurden<sup>35</sup>. Das wirkte sich auch auf die Gestaltung der Kirchentage aus.

## 2. Das Gottesdienstangebot

Zu den klassischen geistlichen Formaten des Kirchentags in Ost und West gehörten Bibelarbeiten, Vorträge, Gebetsandachten und Gottesdienste. In Bezug auf die Gottesdienste zeigt sich im Nordosten in den 1980er Jahren eine deutliche Abnahme sowohl des Umfangs als auch der Vielfalt der Angebote. Beim Stralsunder Treffen 1978 konnte man am Kirchentagssonntag noch unter 14 Gottesdiensten unterschiedlicher Art auswählen. Dabei bemühte sich der Greifswalder Ausschuss um ein breites Spektrum: vom Familiengottesdienst über musikalische Gottesdienste bis hin zu eher ungewöhnlichen Angeboten wie dem „Gottesdienst in anderer Form“ oder dem Meditationsgottesdienst. Gerade die ungewöhnlichen Formate zielten darauf ab, der Gestaltung der Gottesdienste in den Gemeinden neue Impulse zu verleihen<sup>36</sup>. Man verfolgte den Anspruch, dass der Kirchentag kein in sich geschlossenes Ereignis blieb, sondern für die Arbeit in den Gemeinden vor Ort fruchtbar gemacht wurde<sup>37</sup>. So betonte der Greifswalder Ausschuss, dass traditionelle und

---

<sup>31</sup> Vgl. LKAG, Best. KT, Nr. 53.1: Protokoll über die Auswertung des 7. Kirchentags der ELKG, August 1978, S. 3; „Sei unser Gast“ In: Die Kirche (Greifswalder Ausgabe), Jg. 33, Nr. 33 vom 13.8.1978, S. 4.

<sup>32</sup> Vgl. LKAG, Best. KT, Nr. 53.1: Protokoll über die Auswertung des 7. Kirchentags der ELKG, August 1978, S. 3; „Sei unser Gast“ In: Die Kirche (Greifswalder Ausgabe), Jg. 33, Nr. 33 vom 13.8.1978, S. 4; „Sei unser Gast“ In: Mecklenburgische Kirchenzeitung, Jg. 33, Nr. 27 vom 2.7.1978, S. 2; Gespräch mit Winrich Jax am 29. Mai 2013.

<sup>33</sup> Vgl. LKAS, LA KT, Nr. 4: Protokoll der Sitzung des gemeinsamen Landesausschusses am 14.10.1988, S. 2.

<sup>34</sup> Vgl. Frank: Einsam oder gemeinsam?, S. 343; dies.: „Realer, exakter, präziser“?, S. 305 und S. 313.

<sup>35</sup> So gab es in der ELLKM zwar seit 1969 die Möglichkeit, dass Laien den Vorsitz im Kirchengemeinderat übernahmen, aber sie wurde sehr selten genutzt. Vgl. Frank: „Realer, exakter, präziser“?, S. 305. Die übergeordnete Stellung der Pastoren gegenüber den Laien in den Gemeinden diskutierten auch die Kirchentagsteilnehmer, zum Beispiel in der AG 6.1 beim Rostocker Treffen 1988.

<sup>36</sup> Vgl. LKAG, 6. Tag der 6. Landessynode vom 3.-5.11.1978: Bericht der Kirchenleitung, S. 9f.

<sup>37</sup> Vgl. LKAG, Best. KT, Nr. 53.1: „Aufgabenliste in Ergänzung zur Vorlage vom 22.01.77“.

moderne Gottesdienstformen als gleichwertig zu betrachten sind<sup>38</sup>. Mit dem abwechslungsreichen Angebot wollten die Veranstalter offensichtlich den verschiedenen Interessen der christlichen Besucher Rechnung tragen und darüber hinaus auch kirchenferne Menschen ansprechen. Insgesamt nahmen an den Gottesdiensten am 18. Juni 1978 etwa 6.000 Menschen teil<sup>39</sup>. Dabei waren vor allem die Gottesdienste mit besonderer kirchenmusikalischer Gestaltung sowie Angebote für Familien sehr gut besucht. Mit rund 10.000 Besuchern<sup>40</sup> war die Abschlussversammlung die größte Veranstaltung. Sie wurde zwar nicht als Gottesdienst bezeichnet, trug aber stark gottesdienstliche Züge.

Einen solchen Aufwand betrieben die Organisatoren der darauffolgenden Kirchentage nicht mehr. Der erste Bruch erfolgte mit dem Landeskirchentag der Greifswalder im Jahr 1981. Aus organisatorischen Gründen dauerte dieses Treffen nur einen Tag, und so verzichtete man ganz auf ein umfangreiches Gottesdienstangebot. Aber man konzipierte die Abschlussversammlung als Open-Air-Gottesdienst mit Abendmahl. Die positive Resonanz auf dieses Experiment führte zu einer Fortführung bei späteren Treffen im Norden. Beim Rostocker Kirchentag 1983 feierten die Besucher den Abschlussgottesdienst mitten in der Stadt auf einem öffentlichen Platz – ein bis dato ungekanntes Zugeständnis der Staatsorgane. Aber abgesehen von diesem zentralen Abendmahlsgottesdienst fanden sich 1983 nur sehr wenige Gottesdienste im Programm. Der gemeinsame Ausschuss von Greifswald und Mecklenburg war scheinbar der Meinung, dass dieses schmale Angebot ausreichte, denn die Sitzungsprotokolle enthielten keine entsprechende Kritik oder Erweiterungswünsche. Geprägt war dieses Treffen dann vor allem durch die zahlreichen Großveranstaltungen. Auch der Rostocker Kirchentag 1988 zeichnete sich vor allem durch Massenveranstaltungen aus. Beim Landeskirchentag in Greifswald 1985 hatten die Verantwortlichen versucht, den Gottesdiensten wieder mehr Raum zu geben. Sie kehrten zur früheren Konzeption zurück, nach welcher die Besucher am Vormittag des Abschlusstages zu mehreren Gottesdiensten eingeladen waren und sich am Nachmittag zu einer gottesdienstähnlichen Versammlung zusammenfanden. Mit acht Feiern erwies sich das Angebot zwar umfangreicher als bei den Treffen 1981, 1983 und 1988, in puncto Formenvielfalt aber trotzdem deutlich magerer als noch 1978. Dennoch erfuhren die angebotenen Gottesdienste in Greifswald eine gute Resonanz<sup>41</sup>, was wohl auch damit zusammenhing, dass die Mehrzahl der Gottesdienste von Gästen aus dem Ausland gestaltet wurde.

Warum das Gottesdienstangebot bei den Kirchentagen im Laufe der 1980er Jahre so stark an Vielfalt verlor, lässt sich anhand der Akten nur schwer rekonstruieren. Die Kirchentagsverantwortlichen diskutierten diesen Punkt offenbar gar nicht. Anscheinend waren sie mit der Gestaltung der schmaleren Gottesdienstprogramme zufrieden und sahen sich angesichts der gleichbleibend hohen Besucherzahlen nicht veranlasst, Veränderungen vorzunehmen. Die Teilnehmerzahlen belegen jedenfalls den generell hohen Stellenwert der gottesdienstlichen Angebote für die Kirchentagsbesucher. Das mag einerseits mit der Zusammensetzung des

---

<sup>38</sup> Vgl. ebd.

<sup>39</sup> Vgl. „6000 Gottesdienstbesucher“ In: Die Kirche (Greifswalder Ausgabe), Jg. 33, Nr. 31 vom 30.7.1978, S. 4.

<sup>40</sup> Vgl. „Das große Abschlußfest“ In: Die Kirche (Greifswalder Ausgabe), Jg. 33, Nr. 30 vom 23.7.1978, S. 4. Nach staatlichen Schätzungen hatte die Abschlussversammlung rund 8.000 Besucher. Vgl. BStU, MfS, BV Rostock, AS Nr. 194/78, Blatt 227: Bericht zur Abschlussversammlung.

<sup>41</sup> An den Gottesdiensten am 23. Juni 1985 hatten insgesamt rund 6.400 Menschen teilgenommen. Bereits gegen 9 Uhr – die meisten Gottesdienste begannen um 10 Uhr – sollen die Kirchen überfüllt gewesen sein. Vgl. LKAG, Best. KT, Nr. 37: „Presseinformation Nr. 9“.

Kirchentagspublikums zusammengehangen haben, das zu einem gewissen Teil aus traditionsbewussten Gemeindegliedern bestand, für die der sonntägliche Gottesdienst allgemein eine große Bedeutung besaß. Insgesamt gesehen war aber in den 1980er Jahren der prozentuale Anteil der Gemeindeglieder, die sonntags am Gottesdienst teilnahmen, mit durchschnittlich drei Prozent in allen Landeskirchen der DDR verhältnismäßig niedrig<sup>42</sup>. Entscheidend für die Attraktivität der bei den Kirchentagen angebotenen Gottesdienste dürften die Auswahl der Prediger und das kirchenmusikalische Begleitprogramm gewesen sein. Viele Besucher wollten es sich vermutlich nicht entgehen lassen, einen Gottesdienst mit einem Bischof oder einem ausländischen Gastprediger und einem versierten Chor zu erleben.

### 3. Gesellschaftliche Themen

Während nach der Trennung der Kirchentagsarbeit in Ost und West die Erörterung sozialer und politischer Fragen bei den bundesdeutschen Treffen weiterhin stark präsent blieb<sup>43</sup>, sah es bei den Kirchentagen in der DDR ganz anders aus. Hier setzten die Staatsorgane in den 1960er und teilweise noch in den 70er Jahren alles daran, die Kirchentagsarbeit so weit wie möglich zu beschränken<sup>44</sup>. Angesichts dessen erschien es den Verantwortlichen offensichtlich taktisch unklug, den Unmut der staatlichen Stellen durch ein Aufgreifen gesellschaftspolitischer Themen noch zu steigern. Besonders vehement verbat sich die SED eine „Einmischung“ in die Bereiche Volksbildung, Landesverteidigung und Ökonomie<sup>45</sup>. Hier galten Äußerungen von Kirchenvertretern nur dann als legitim, wenn sie die Parteipolitik positiv hervorhoben. Bei den Kirchentagen der Greifswalder Landeskirche gab es bis 1985 keine einzige Veranstaltung, die sich dezidiert gesellschaftlichen Themen widmete. Ein solcher Programmpunkt hätte auch kaum in das kirchenpolitische Konzept der Landeskirche gepasst, das auf Entgegenkommen und Konfliktvermeidung ausgerichtet war. Im Jahr 1978 führten jedoch aktuelle Geschehnisse dazu, dass die Teilnehmer von sich aus gesellschaftspolitische Fragen in die Diskussionen einbrachten, auf die die Veranstalter schließlich reagieren mussten. Im Fokus stand die Einführung eines neuen Faches, das die Militarisierung in den Schulen weiter verstärkte.

Im April 1978 wurde bekannt, dass ab September desselben Jahres die Teilnahme am so genannten Wehrunterricht für Schüler der 9. und 10. Klasse an den Polytechnischen Oberschulen obligatorisch sein sollte<sup>46</sup>. Das Fach umfasste unter anderem Wehrtheorie und ein zweiwöchiges Lager für Jungen unter der Leitung von Offiziersschülern der Nationalen Volksarmee<sup>47</sup>. Der Protest der kirchlichen Basis – mit Schwerpunkt im Süden der DDR – äußerte sich in zahlreichen Offenen Briefen und Flugblattaktionen und war auch ein wichtiges Thema bei den Kirchentagen in Leipzig und Erfurt 1978<sup>48</sup>. Beim Kirchentag in Stralsund debattierten die Teilnehmer zum Beispiel im Rahmen der Aktion „Sei unser Gast“ über das neue Schulfach. Bei den Treffen mit der Kirchenleitung im Jakobiturm und im Gemeindezentrum Birkenweg sahen sich die Gastgeber mit

---

<sup>42</sup> Vgl. Pollack: Kirche in der Organisationsgesellschaft, S. 406.

<sup>43</sup> Vgl. Runge/Käßmann (Hg.): Kirche in Bewegung, S. 93-182.

<sup>44</sup> Vgl. Beier: Missionarische Gemeinde in sozialistischer Umwelt, S. 58-102.

<sup>45</sup> Vgl. BArch, DO-4/665, Blatt 402: „Konzeption zur Einflußnahme auf die Kirchentage 1978 in der DDR vom 17.1.1978“, S. 2.

<sup>46</sup> Vgl. Maser: Die Kirchen in der DDR, S. 54f.

<sup>47</sup> Vgl. Ehring/Dallwitz: Schwerter zu Pflugscharen, S. 25.

<sup>48</sup> Vgl. Mau: Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945-1990), S. 55f; Besier: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990, S. 255.



Fragen nach ihrer Position und den bisher eingeleiteten kirchlichen Schritten konfrontiert<sup>49</sup>. Um Konfliktvermeidung bemüht, betonten die Mitglieder der Kirchenleitung die Vorrangstellung der Erziehung zum Frieden, ohne jedoch den Wehrunterricht ganz zu verurteilen.

Den stärksten Protest im Rahmen des Stralsunder Kirchentags bildete allerdings eine nicht angemeldete Unterschriftenaktion. Sie ging vom Greifswalder Wolfgang Bernschein aus, einem Angestellten des Rentamts der Landeskirche, der der Stasi bereits früher durch staatskritische Äußerungen aufgefallen war<sup>50</sup>. Bernschein war zwar bei einer Behörde der Landeskirche angestellt und Mitglied der Kirche, nach eigenen Angaben aber kein überzeugter Christ<sup>51</sup>. Er habe – so berichtete er mir in einem Interview - den Kirchentag nur deshalb als Ort für seinen Protest gewählt, weil er dort ein großes Maß an Öffentlichkeit erwartet hatte. Wolfgang Bernschein hing eine selbstverfasste Protestresolution aus, die er an das Ministerium für Volksbildung gerichtet hatte. Darin kritisierte er die zunehmende Militarisierung des Bildungssystems, forderte die Aufhebung der Pläne zur Einführung des Wehrunterrichts und schlug stattdessen die Einrichtung des Fachs „Friedenserziehung“ vor<sup>52</sup>. Den Ort für den Aushang und die damit verbundene Unterschriftensammlung hatte er gut gewählt: Der Turm der Jakobikirche diente den Kirchentagsbesuchern als Treffpunkt, an dem sie eine Pause machen und sich austauschen konnten. Bernschein hatte dort also Gelegenheit, mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen und sie für sein Vorhaben zu gewinnen. Innerhalb kurzer Zeit gelang es ihm, etwa 75 Unterschriften zu sammeln<sup>53</sup>, was die große Ablehnung des Wehrunterrichts durch die Teilnehmer des Kirchentags verdeutlicht. Sie beließen es nicht bei stillem Protest, sondern zeigten sich bereit, mit ihrer Unterschrift persönlich Stellung zu beziehen. In einem Land, in dem Kritik an Entscheidungen der Regierung zu Sanktionen und „operativer Bearbeitung“ durch das MfS führen konnte, war das keine Selbstverständlichkeit.

Da Wolfgang Bernscheins inoffizielle Aktion einen Konflikt mit den staatlichen Stellen auslösen konnte, brachen die Kirchentagsveranstalter sie so schnell wie möglich ab. Hans-Martin Harder soll im Jakobiturm erschienen sein und Bernschein die Unterschriftenliste mit dem Versprechen abgenommen haben, sie an das Staatssekretariat für Kirchenfragen weiterzuleiten<sup>54</sup>. Die Greifswalder Kirchenleitung gab diese Liste letztlich aber nicht an die staatlichen Organe weiter<sup>55</sup>. Es ist denkbar, dass sie dadurch weitere Ermittlungen verhindern wollte, um die Unterzeichner vor Repressionen zu schützen. Vielleicht hoffte sie außerdem, dass es das Konfliktpotential schmälerte, wenn die Staatsorgane keine detaillierten Informationen erhielten. Obwohl die Unterschriftensammlung nur kurze Zeit stattfand, konnte sie nicht so einfach unter den Teppich

---

<sup>49</sup> Vgl. LAG, IV/D/2.13 Nr. 613, Blatt 150: Bericht vom Treffen „Sei unser Gast“ im Jakobiturm; LAG, IV/D/4.09 Nr. 166, Blatt 48: Bericht vom Treffen „Sei unser Gast“ im Birkenweg.

<sup>50</sup> Wolfgang Bernschein hatte 1976 einen Ausreiseantrag gestellt, der zunächst abgelehnt wurde. Nachdem er einen kritischen Brief an die Redaktion der Zeitung *Neues Deutschland* gerichtet hatte, nahm das MfS im März 1977 die „operative Bearbeitung“ auf. Im Jahr 1979 wurde seine Ausreise schließlich genehmigt. Vgl. BStU, MfS, BV Rostock, AOP 639/80, Blatt 12: Protokoll zur Berichterstattung zum OV „Partnerschaft“, 29.8.1978, S. 1; ebd. Blatt 39: Sachstandsbericht zum OV „Partnerschaft“, 29.3.1979, S. 1; ebd. Blatt 211: Beschluss über die Archivierung des OV „Partnerschaft“, 4.1.1980.

<sup>51</sup> Vgl. Gespräch mit Wolfgang Bernschein am 24. Februar 2014.

<sup>52</sup> Vgl. BStU, MfS, BV Rostock, AS Nr. 194/78, Blatt 405f.: „2. Information über den Kirchentag der Landeskirche Greifswald vom 16. bis 18.6.1978 in Stralsund“, 17.6.1978, S. 4f.

<sup>53</sup> Vgl. ebd. S. 3.

<sup>54</sup> Vgl. Gespräch mit Wolfgang Bernschein am 24. Februar 2014.

<sup>55</sup> Vgl. LAG, Rep. 200 II 7.3, Nr. 30, Blatt 9: „Information über den Verlauf des 7. Kirchentages der Evangelischen Landeskirche Greifswald“, S. 3.

gekehrt werden. Da Bernschein im Jakobitreff relativ viele Teilnehmer erreicht hatte, erfuhren schließlich auch die Pressevertreter davon. Bei der Pressekonferenz zum Kirchentag erkundigte sich ein Journalist der *Mecklenburgischen Kirchenzeitung* nach der Reaktion der Kirchenleitung<sup>56</sup>. Darauf bedacht, die Aktion nicht zu dramatisieren, wick Oberkonsistorialrat Siegfried Plath einer ausführlichen Stellungnahme aus. Er erklärte lediglich, die Kirchenleitung lehne die Einführung des Wehrunterrichts ebenfalls ab, setze in dieser Angelegenheit aber nicht auf Konfrontation, sondern auf die Fortsetzung der Gespräche zwischen Staat und Kirche<sup>57</sup>. Nachdem im Sommer 1978 immer deutlicher wurde, dass die SED von der Einführung des neuen Unterrichtsfachs auf keinen Fall absehen würde, ebte im Übrigen der Protest der Kirchenleitungen wie auch der kirchlichen Basis nach und nach ab.

Beim Greifswalder Kirchentag 1985 hatten die Veranstalter dann erstmals ein gesellschaftspolitisches Thema in das offizielle Programm aufgenommen. Im Rahmen eines Forums hielt der Ost-Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe einen bilanzierenden Vortrag zur Umsetzung der KSZE-Schlussakte in Helsinki, deren Unterzeichnung sich 1985 zum zehnten Mal jährte. Am 1. August 1975 hatten 35 Staats- und Regierungschefs in Helsinki die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet und sich damit zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kooperation sowie zur Förderung der wechselseitigen Kontakte und zum Austausch in den Bereichen Information, Bildung und Kultur verpflichtet<sup>58</sup>. Auch die DDR hatte als vollwertiges Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft der Schlussakte zugestimmt<sup>59</sup>. Die Beteiligung an dem Prozess stellte für die DDR einerseits einen großen außenpolitischen Erfolg dar, der einen Zuwachs an Anerkennung im Ausland zur Folge hatte<sup>60</sup>. Andererseits waren durch die Unterzeichnung innenpolitische Probleme vorprogrammiert, da die SED-Regierung damit die Hoffnung ihrer Bürger auf mehr persönliche und politische Freiheiten – vor allem im Hinblick auf die Reiseregulierung – nährte, die sie keinesfalls verwirklichen wollte<sup>61</sup>.

Das Kirchentagsforum in Greifswald 1985 hatte sich als Thema die Relation von Recht, Frieden und Menschenwürde ausgesucht. Dort sprach Manfred Stolpe vor rund 1.000 Teilnehmern<sup>62</sup>. Damit gehörte dieses Forum zu den sehr stark frequentierten Veranstaltungen dieses Kirchentags – ein Zeichen dafür, wie sehr die Besucher an gesellschaftspolitischen Fragen interessiert waren. Die inhaltliche Ausrichtung des Forums löste bei den staatlichen Stellen Beunruhigung aus, vor allem im Hinblick auf den Veranstaltungsleiter, Studentenpastor Harro Lucht<sup>63</sup>. Er galt in den Augen der Staatsorgane als „politisch negativ“, weshalb die Stasi auf ihn angesetzt war<sup>64</sup>. Über den Landesausschussvorsitzenden Siegfried Bohl versuchte das MfS, Informationen zur Haltung der Kirchentagsverantwortlichen in Bezug auf Harro Lucht zu bekommen, um möglicherweise eine „innerkirchliche Disziplinierung“ zu forcieren. Ein MfS-Mitarbeiter teilte „deutliche Bedenken“ mit, woraufhin Bohl darauf verwiesen habe, dass mit Manfred Stolpe ein – ich zitiere - „sehr

---

<sup>56</sup> Vgl. ebd. Blatt 20: Bericht vom Pressegespräch, 18.6.1978, S. 2.

<sup>57</sup> Vgl. ebd.

<sup>58</sup> Vgl. Hanisch: Die DDR im KSZE-Prozess 1972-1985, S. 1f.

<sup>59</sup> Zur Entstehung und Entwicklung des KSZE-Prozesses sowie zur Rolle der DDR bei den Verhandlungen vgl. ebd. S. 27-88.

<sup>60</sup> Vgl. ebd. S. 1f.

<sup>61</sup> Vgl. ebd. S. 118f.; Mau: Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945-1990), S. 123f.

<sup>62</sup> Vgl. LKAG, Best. KT, Nr. 37: „Kirchentagsforum C: ‚Recht und Frieden‘“ In: Greifswalder Informationsdienst (hrsg. von der Pressestelle der ELKG), Nr. 3/85, 30.6.1985, S. 2.

<sup>63</sup> Vgl. BStU, MfS, BV Rostock, AIM 4171/90, Teil I, Blatt 153: „Bericht über das 3. Gespräch mit dem IM-Kandidaten ‚Grimm‘“, 2.5.1985, S. 3.

<sup>64</sup> Vgl. Frank: Einsam oder gemeinsam?, S. 146 und S. 182-207.

engagierter Mann im Forum mitwirkt, der auch über das notwendige Geschick verfügt, evtl. brenzlige Situationen zu bereinigen“<sup>65</sup>. Somit sei trotz der Beteiligung von Harro Lucht ein ruhiger Verlauf der Veranstaltung zu erwarten<sup>66</sup>. So sollte es auch kommen. Und Manfred Stolpes Vortrag enthielt zwar einige wenige Kritikpunkte in Richtung SED-Staat, wie die Äußerung, auch die Gesellschaft in der DDR sei nicht davor gefeit, ungerechte Verhältnisse zu schaffen<sup>67</sup>. Doch insgesamt äußerte sich Stolpe sehr moderat. Er lobte sogar die angeblichen Erfolge des Sozialismus, wie die Verwirklichung sozialer und kultureller Rechte, deren Wert – ich zitiere – „erst der spürt, der sie nach leichtfertiger Auswanderung verliert“<sup>68</sup>. Wie Manfred Stolpe in Bezug auf eine Ausreise von Leichtfertigkeit sprechen konnte, ist allerdings nur schwer nachvollziehbar. Angesichts des oft langwierigen und Nerven aufreibenden Prozesses der Antragstellung, der damit verbundenen gesellschaftlichen Ausgrenzung und Diskriminierung durch die staatlichen Organe<sup>69</sup> und der Aussicht, nach einer Bewilligung Freunde und Verwandte womöglich nicht mehr wieder sehen zu können, wirkt seine Formulierung realitätsfremd und kaltschnäuzig. Deutlichere Kritik im Hinblick auf gesellschaftspolitische Fragen übte bei dem Kirchentagsforum aber ein Sketch, den die Greifswalder Studentengemeinde vorbereitet hatte. Anhand einer Spielszene, in der Kunden in einem Laden namens „Recht und Frieden“ einkauften, nahmen die Darsteller Bezug auf die Reiseregulungen und die SED-Friedenspolitik. So wollte eine Kundin „Freizügigkeit“ kaufen, um sich „den Laden mal von außen anzusehen“, woraufhin der Verkäufer ihr mitteilte, dass Freizügigkeit leider nur „in kleinen Größen“ zu haben sei und man für „große Größen“ einen Berechtigungsschein benötige<sup>70</sup>.

#### **4. Die Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen**

Die Problematik in Bezug auf die Zusammenarbeit leitender Mitarbeiter der Greifswalder Landeskirche mit den staatlichen Stellen ist inzwischen hinreichend bekannt, wird aber im Kontext Kirchentag noch einmal auf besondere Weise deutlich, vor allem durch den direkten Vergleich mit den Kirchentagsmitarbeitern der mecklenburgischen Landeskirche, der sich bei den gemeinsam organisierten Treffen 1983 und 1988 ergibt.

Für alle, denen der Begriff „Greifswalder Weg“ nicht so geläufig ist, fasse ich noch einmal kurz zusammen: Im Kontext der Feierlichkeiten zur Wiedereinweihung des Greifswalder Doms im Juni 1989 erhielt der von Bischof Gienke eingeschlagene kirchenpolitische Weg erstmals diese Bezeichnung<sup>71</sup>. Sie lehnte sich an den so genannten „Thüringer Weg“<sup>72</sup> an und bezog sich auf die staatsnahe Haltung der Greifswalder Kirchenführung in den 1980er Jahren. Ein zentrales

---

<sup>65</sup> Vgl. BStU, MfS, BV Rostock, AIM 4171/90, Teil I, Blatt 153: „Bericht über das 3. Gespräch mit dem IM-Kandidaten ‚Grimm‘“, 2.5.1985, S. 3.

<sup>66</sup> Vgl. ebd.

<sup>67</sup> Vgl. LKAG, Best. KT, Nr. 37: Manuskript des Vortrags von Manfred Stolpe beim Forum C, S. 5.

<sup>68</sup> Vgl. ebd. S. 6.

<sup>69</sup> Vgl. Kowalczyk: Endspiel, S. 189; Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 339f. und S. 526f. Vgl. dazu auch Lochen/Meyer-Seitz (Hg.): Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern, Köln 1992.

<sup>70</sup> Vgl. LAG, IV/E/2.14, Nr. 602, Blatt 109: Bericht zum Forum C, S. 1.

<sup>71</sup> Vgl. Frank: Einsam oder gemeinsam?, S. 14. Zu den Hintergründen und Folgen von Gienkes kirchenpolitischem Alleingang im Kontext der Domeinweihung vgl. ebd. S. 287-314; Garbe/Nixdorf (Hg.): Dom St. Nikolai Greifswald: Gemeindekirche zwischen Politik und Polemik. Studien zur Greifswalder Landeskirche und zur Wiedereinweihung des Domes 1989, Schwerin 2005; Gienke: Dome, Dörfer, Dornenwege, S. 329-356.

<sup>72</sup> Vgl. hierzu Albrecht-Birkner: Freiheit in Grenzen, S. 96-100; Koch-Hallas: Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen in der SBZ und Frühzeit der DDR, S. 287-347; Rittberger-Klas: Kirchenpartnerschaften im geteilten Deutschland, S. 184-193.

Kennzeichen des „Greifswalder Wegs“ war, dass konspirative Treffen mit der Stasi nicht abgelehnt, sondern als wichtiges kirchenpolitisches Instrument angesehen wurden<sup>73</sup>. So pflegten zum Beispiel Bischof Gienke<sup>74</sup>, Oberkonsistorialrat Plath<sup>75</sup> oder Präses Affeld<sup>76</sup> jahrelange Kontakte zum MfS und wurden als Inoffizielle Mitarbeiter geführt. Auch der Vorsitzende des Kirchentagsausschusses Siegfried Bohl<sup>77</sup> führte Gespräche mit der Stasi. In keiner anderen Landeskirche hatten so viele hochrangige Amtsträger ein derart enges Verhältnis zu den staatlichen Stellen wie in der Greifswalder<sup>78</sup>. Zwar hielten die Pastoren eher Distanz zur Stasi und vertraten im Hinblick auf den SED-Staat viele verschiedene Positionen, doch bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre hinein äußerten sie kaum offen Einwände gegen den kirchenpolitischen Kurs ihres Bischofs<sup>79</sup>. Darüber hinaus wurde die Aufarbeitung der MfS-Verstrickungen durch die pommersche Kirche nach 1990 und das scheinbar mangelnde Schuldbewusstsein ihrer belasteten Mitarbeiter vielfach kritisiert<sup>80</sup>. Der gesamten Greifswalder Kirche eine stark ausgeprägte Staatsloyalität zu attestieren, wäre allerdings falsch<sup>81</sup>.

Die Verhandlungen mit den staatlichen Stellen im Hinblick auf die Organisation der Kirchentage führten in erster Linie die Vorsitzenden der Landesausschüsse und die Bischöfe. Die Vertreter beider nördlichen Landeskirchen legten viel Wert darauf, ihre Ansprechpartner beim Rat des Bezirks<sup>82</sup> frühzeitig über die geplanten Kirchentage zu informieren und betont höflich um Unterstützung zu bitten. Aus der Perspektive der Kirchentagsverantwortlichen musste man in den Gesprächen mit den Staatsvertretern mit viel Fingerspitzengefühl agieren, um die erhofften Genehmigungen zu erhalten. In den staatlichen Berichten hieß es entsprechend, die Ausschussvorsitzenden und Bischöfe hätten versichert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um „provokatorische Handlungen“ während der Kirchentage und damit eine Belastung des „vertrauensvollen Verhältnisses“ zwischen Staat und Kirche zu verhindern<sup>83</sup>. Mag

---

<sup>73</sup> Vgl. Frank: Einsam oder gemeinsam?, S. 352.

<sup>74</sup> Die Bezirksverwaltung Rostock legte 1972 den IM-Vorgang „Orion“ an. Bis 1989 führte Horst Gienke Gespräche mit dem MfS, erklärte im Nachhinein allerdings, dass er sich nur für Anfragen und nicht für eine geregelte Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt habe. Da der Inhalt der IM-Akte vernichtet wurde, können über den tatsächlichen Ablauf der Treffen keine Aussagen getroffen werden. Auch weil Gienke bereits 1989 in den Ruhestand gegangen war, leitete die PEK nach 1990 kein Verfahren gegen ihn ein. Vgl. ebd. S. 62-71 und S. 374.

<sup>75</sup> Von 1960 bis 1989 wurde Siegfried Plath von der Stasi als „Hiller“ geführt. Laut seiner Akte erhielt er zahlreiche Geld- und Sachgeschenke sowie den Kampforden der NVA. Der Großteil seiner IM-Berichtsakte wurde vernichtet. Einem disziplinarischen Verfahren durch die PEK entzog sich Plath, indem er in den Ruhestand ging. Vgl. ebd. S. 79-84 und S. 373; Krone/Schult (Hg.): „Seid untertan der Obrigkeit“, S. 8-12.

<sup>76</sup> Dietrich Affeld war Vizepräses der Landessynode, als ihn das MfS 1970 als IM „Dietrich“ registrierte. Im Februar 1985 brach er die Kontakte zur Stasi ab, indem er seinem Führungsoffizier mitteilte, er stehe für weitere Gespräche nicht mehr zur Verfügung. Gegen ihn wurde nach 1990 kein Disziplinarverfahren durch die PEK eingeleitet. Vgl. Frank: Einsam oder gemeinsam?, S. 109-114 und S. 373; BStU, MfS, BV Rostock, AIM 944/86, Teil I, Blatt 146: „Aktenvermerk zum Treff mit IMS ‚Dietrich‘ vom 6.2.1985“, S. 1.

<sup>77</sup> Im Jahr 1984 nahm die Stasi erstmals Kontakt zu Siegfried Bohl auf. In Zusammenhang mit dem Greifswalder Kirchentag 1985 intensivierte sie die Kontakte. Im Februar 1986 wurde Bohl von der MfS-Bezirksverwaltung Rostock als „Titus“ registriert. Es fand nach 1990 kein Disziplinarverfahren gegen ihn statt. Vgl. Frank: Einsam oder gemeinsam?, S. 144f., S. 212-216 und S. 373; BStU, MfS, BV Rostock, AIM 4171/90, Teil I, Blatt 36: „Bericht über das Bekanntwerden des IM-Kandidaten“, 15.5.1984; ebd. Blatt 150: „Bericht über das 3. Gespräch mit dem IM-Kandidaten ‚Grimm‘“, 2.5.1985, S. 1.

<sup>78</sup> Vgl. Frank: Einsam oder gemeinsam?, S. 61.

<sup>79</sup> Vgl. ebd. S. 122, S. 128f und S. 135.

<sup>80</sup> Vgl. ebd. S. 399-414.

<sup>81</sup> Vgl. ebd. S. 14.

<sup>82</sup> Dabei handelte es sich um den Referenten für Kirchenfragen, Roland Macht, und die Stellvertretenden Vorsitzenden des RdB Rostock Werner Steinbach (bis 1981) und Jürgen Haß (bis 1989).

<sup>83</sup> Vgl. LAG, IV/D/2.13, Nr. 612, Blatt 148: „Aktenvermerk über ein Gespräch mit Bischof Gienke, Präses Affeld und Oberkonsistorialrat Dr. Plath“, 2.1.1978, S. 5; LAG, Rep. 200 II 7.3, Nr. 31, Blatt 358: Aktenvermerk von Jürgen Haß

die tatsächliche Wortwahl auch anders ausgefallen sein, an offenen Konflikten mit den Staatsorganen waren die Veranstalter durchaus nicht interessiert, denn das hätte zu starken Beschränkungen ihrer Vorhaben führen können. Um sich das Wohlwollen der staatlichen Stellen zu sichern, luden die Verantwortlichen bei jedem der fünf Treffen zwischen 1978 und 1988 eine Reihe von lokalen Politikern zu einem Empfang für Mitarbeiter und Gäste des Kirchentags ein. Dort brachten die Bischöfe und Vorsitzenden der Landesausschüsse ihren Dank für die staatliche Unterstützung zum Ausdruck und hielten sich mit kritischen Äußerungen sehr zurück. Die Staatsvertreter schätzten diese Empfänge, weil sie ihnen die Gelegenheit boten, vor den Augen der internationalen Gäste ein harmonisches Verhältnis von Staat und Kirche zu inszenieren.

Offene Kritik an der Politik der SED wurde bei den Kirchentagen von 1978 bis 1985 allerdings weder vonseiten der mecklenburgischen noch der Greifswalder Organisatoren geübt. Trotzdem unterschieden sich die Äußerungen von Bischof Gienke sehr von jenen seiner mecklenburgischen Kollegen. Er beließ es nicht bei einer Vermeidung kritischer Aussagen, sondern überschritt oftmals die Grenze zur Anbiederung, indem er sich dem sprachlichen Duktus der Staatsvertreter anpasste und Behauptungen aufstellte, die den Lebenserfahrungen der meisten Christen in der DDR diametral entgegenstanden. So wertete er zum Beispiel die staatliche Unterstützung der Kirchentage als Zeichen des „praktizierten Vertrauens“ im Umgang von Staat und Kirche und als Ausdruck des guten kirchenpolitischen Weges seit dem Gespräch vom 6. März 1978<sup>84</sup>. Dieses Gespräch zwischen Erich Honecker und dem Vorstand der Konferenz der Kirchenleitungen im März 1978 habe überhaupt ein „vertrauensvolles Miteinander“ und ein „konstruktives Zusammenleben“ von Christen und Marxisten bewirkt, erklärte Gienke unter anderem beim Rostocker Kirchentag 1983<sup>85</sup>. Im Rahmen des Greifswalder Treffens 1985 lief der Bischof dann aus staatlicher Perspektive zu wahrer Höchstform auf. Im Sendungswort beim Abschlussgottesdienst postulierte er vor 8.000 Besuchern: „Ja, wir Christen haben unseren Platz in unserer Gesellschaft, gleichberechtigt, gleichgeachtet, chancengleich.“<sup>86</sup> Diese Worte wiederholte er in einem Interview mit dem ZDF<sup>87</sup>, was die SED besonders zufriedenstellte.

Gegen Ende der 1980er traten die verschiedenen Ansätze der Vertreter der Greifswalder und der Mecklenburger beim Umgang mit den staatlichen Stellen, die sich bei den Treffen von 1978 bis 1985 teilweise angedeutet hatten, immer offener zutage. Bereits im Vorfeld des Rostocker Kirchentags 1988 war zu erkennen, dass Bischof Stier und der Ausschussvorsitzende Joachim Gauck ganz andere Standpunkte vertraten als Bischof Gienke und Siegfried Bohl. Der größte Streitpunkt betraf die Einladung des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Obwohl die Staatsorgane eine Einreise von Schmidt vehement ablehnten, setzten sich Stier und Gauck unentwegt für die Teilnahme des SPD-Politikers ein. Siegfried Bohl und Bischof Gienke plädierten hingegen dafür, die staatliche Entscheidung zu akzeptieren und auf die Veranstaltungen mit

---

zum Gespräch mit Bischof Rathke und Bischof Gienke am 30.5.1983, S. 1; BStU, MfS, BV Rostock, AS Nr. 416/88, Bd. 1, Blatt 39: „Politisch-operative Lage in Vorbereitung des Kirchentages vom 16. bis 19. Juni 1988 in Rostock“, 11.4.1988, S. 2.

<sup>84</sup> Vgl. LAG, IV/D/4.09, Nr. 166, Blatt 43: Bericht vom Empfang des Oberbürgermeisters von Stralsund am 17.6.1978; „Eine bunte Kette“ In: Die Kirche (Greifswalder Ausgabe), Jg. 36, Nr. 32 vom 9.8.1981, S. 4; BStU, MfS, BV Rostock, AS 361/83, Blatt 168: „Begegnung zum Beginn des Kirchentages am 10.6.1983 Rostock Michaelshof“, S. 1f.

<sup>85</sup> Vgl. „Sich selber wagen im Vertrauen“ In: Neue Zeit, Jg. 39, Nr. 142 vom 18.6.1983, S. 5; „Keine wichtigere Frage“ In: Der Demokrat, Jg. 38, Nr. 137 vom 13.6.1983, S. 3.

<sup>86</sup> Vgl. LKAG, Best. KT, Nr. 37: Manuskript des Sendungswortes von Bischof Gienke bei der Abschlussversammlung des Kirchentags in Greifswald am 23. Juni 1985, S. 2.

<sup>87</sup> Vgl. epd-Dokumentation Nr. 34/85 vom 15.7.1985, S. 65.

Schmidt zu verzichten<sup>88</sup>. Das Beharren der Mecklenburger auf der Teilnahme des Altbundeskanzlers soll Horst Gienke gegenüber dem Rat des Bezirks Rostock sogar als „peinlich“ bezeichnet und sich ausdrücklich vom Standpunkt Stiers distanziert haben<sup>89</sup>. Aufgrund der vielen Meinungsverschiedenheiten kam es nach dem Rostocker Treffen fast zum Bruch zwischen den Ausschüssen Greifswald und Mecklenburg, indem die Mitglieder des Greifswalder Gremiums der Planung eines weiteren gemeinsamen Kirchentags vorerst nicht zustimmen wollten<sup>90</sup>.

Die staatlichen Stellen schätzten die Hauptverantwortlichen der Kirchentage sehr unterschiedlich ein. Der Grundtenor blieb dabei über die Jahre hinweg gleich: Die Greifswalder hätten sich um einen Ausbau des konstruktiven Verhältnisses von Staat und Kirche bemüht, während die Mecklenburger „feindlich-negative Kräfte“ unterstützten oder selbst staatsfeindlich eingestellt wären. Hatte diese unterschiedliche Sicht der Staatsorgane auf die Vertreter der beiden Kirchen einen Einfluss auf die staatliche Unterstützungsbereitschaft? Horst Gienke war davon überzeugt, dass seine Art des Entgegenkommens im Umgang mit den staatlichen Stellen für seine Landeskirche viele Erfolge nach sich gezogen hatte<sup>91</sup>. Bei der Analyse der Kirchentage zeigt sich aber, dass die Großzügigkeit andere Gründe hatte als das „Wohlverhalten“ bestimmter Kirchenvertreter. Die zunehmende Unterstützung seit 1978 war Teil einer insgesamt veränderten kirchenpolitischen Taktik der SED-Führung. Somit erwies sich die Strategie der Zurückhaltung und zum Teil stark übertriebenen Zuvorkommenheit, wie sie einige Greifswalder Kirchentagsorganisatoren verfolgten, nicht als der grundsätzlich bessere Weg. Es bleibt zwar zu bedenken, dass die Verhandlungen mit dem SED-Staat stets eine Gratwanderung waren. Doch mit der auf Konfliktvermeidung, Ruhe und Harmonie ausgerichteten Verhaltenslinie, die die Treffen von 1978 bis 1985 in stärkerem Maße prägte, schränkten die Veranstalter letztlich eine offene, freie Diskussion drängender gesellschaftspolitischer Fragen bei den Kirchentagen ein und spielten damit zugleich der SED in die Hände, die diese kirchlichen Großereignisse für ihre eigenen Zwecke nutzen wollte.

Die Kirchentage verdeutlichen exemplarisch die schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen die evangelische Kirche zwischen 1978 und 1988 in der DDR existierte. Gleichzeitig spiegeln sie die innerkirchlichen Konflikte und Problemstellungen der damaligen Zeit wider. Die Treffen waren für die Kirchen die einzige Möglichkeit, in größerem Rahmen in der Öffentlichkeit sichtbar zu werden. Außerdem boten sie den Christen in der DDR die seltene Gelegenheit, sich im Kontrast zu ihren Erfahrungen im Alltag als Teil einer großen Gemeinschaft von Gläubigen zu erleben. Diese Vielfalt macht die Kirchentage zu einem absolut lohnenswerten Arbeitsfeld der Forschung.

---

<sup>88</sup> Vgl. BStU, MfS, BV Rostock, AS Nr. 416/88, Bd. 1, Blatt 44: „Aktuelle pol.-op. Lage in Vorbereitung des Kirchentages vom 16. bis 19. Juni 1988 in Rostock“, 13.5.1988, S. 4; LAG, Rep. 200 II 7.3, Nr. 113, Blatt 168: „Information über das Gespräch des Vorsitzenden des Rates des Bezirks, Gen. Kühl, mit Bischof Stier und Bischof Gienke am 15.4.1988“, S. 6. Joachim Gauck erklärte ebenfalls, dass Bischof Gienke und Siegfried Bohl im Gespräch beim RdB Rostock eine ablehnende Haltung zur Einladung von Helmut Schmidt zum Ausdruck brachten. Horst Gienke habe während eines Gesprächs dazu aufgefordert, den Wunsch der Staatsorgane zu respektieren und auf eine Einladung des Altkanzlers zu verzichten. Über diese nicht abgesprochene Vorgehensweise der Greifswalder hätten sich Gauck und Stier im Anschluss an den Termin überrascht und verärgert gezeigt. Vgl. Gespräch mit Joachim Gauck am 4. Dezember 2019.

<sup>89</sup> Vgl. BArch, DO-4/1474, Blatt 1371: „Information über ein Gespräch mit der Kirchenleitung der Greifswalder Landeskirche am 25.5.1988“, S. 3.

<sup>90</sup> Vgl. LKAS, LA KT, Nr. 4: Protokoll der Sitzung des gemeinsamen Landesausschusses am 14.10.1988, S. 5.

<sup>91</sup> Vgl. Gienke: Dome, Dörfer, Dornenwege, S. 279, S. 383 und S. 391; Findeis/Pollack (Hg.): Selbstbewahrung oder Selbstverlust, S. 474.

## Literatur

- Albrecht-Birkner, Veronika: Freiheit in Grenzen. Protestantismus in der DDR. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 2018.
- Beier, Peter: Missionarische Gemeinde in sozialistischer Umwelt. Die Kirchentagskongreßarbeit in Sachsen im Kontext der SED-Kirchenpolitik (1968-1975). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1999.
- Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990: die Vision vom „dritten Weg“. Berlin/Frankfurt a. M.: Propyläen, 1995.
- Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1982.
- Engelmann, Roger: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Henke, Klaus-Dieter/Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin: Links, 1995, S. 23-39.
- Findeis, Hagen/Pollack, Detlef (Hg.): Selbstbewahrung oder Selbstverlust. Bischöfe und Repräsentanten der evangelischen Kirchen in der DDR über ihr Leben – 17 Interviews. Berlin: Links, 1999.
- Frank, Rahel: „Realer, exakter, präziser“? Die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von 1971 bis 1989. Hg. vom Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 2. überarbeitete Auflage. Schwerin, 2008.
- Dies.: Einsam oder gemeinsam? Der „Greifswalder Weg“ und die DDR-Kirchenpolitik 1980 bis 1989. Hg. von der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Schwerin, 2016.
- Gienke, Horst: Dome, Dörfer, Dornenwege. Lebensbericht eines Altbischofs. Rostock: Hinstorff, 1996.
- Gieseke, Jens: Zeitgeschichtsschreibung und Stasi-Forschung. In: Suckut, Siegfried/ Weber, Jürgen (Hg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz. München: Olzog, 2003, S. 218-239.
- Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972-1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung. München: Oldenbourg, 2012.
- Hecht, Jochen: Die Stasi-Unterlagen als Quelle zur DDR-Geschichte. In: Suckut, Siegfried/Weber, Jürgen (Hg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz. München: Olzog, 2003, S. 198-217.
- Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael/Wentker, Hermann: Die DDR als Chance. Desiderate und Perspektiven künftiger Forschung. In: Mähler, Ulrich (Hg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema. Berlin: Metropol, 2016, S. 23-70.

- Koch-Hallas, Christine: Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen in der SBZ und Frühzeit der DDR (1945-1961). Eine Untersuchung über Kontinuitäten und Diskontinuitäten einer landeskirchlichen Identität. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 2009.
- Kocka, Jürgen: Grenzüberschreitung als Chance. Überlegungen zur Zukunft der DDR-Forschung. In: Mählert, Ulrich (Hg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema. Berlin: Metropol, 2016, S. 131-137.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel: die Revolution von 1989 in der DDR. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2009.
- Krone, Tina/Schult, Reinhard (Hg.): „Seid untertan der Obrigkeit“. Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4. Berlin: Neues Forum/Havemann-Gesellschaft, 1992.
- Mählert, Ulrich: Totgesagte leben länger. Oder: Konjunkturen der DDR-Forschung vor und nach 1989. Eine Einführung. In: Ders. (Hg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema. Berlin: Metropol, 2016, S. 9-21.
- Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2000.
- Mau, Rudolf: Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945-1990). Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 2005.
- Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart [u. a.]: Kohlhammer, 1994.
- Rittberger-Klas, Karoline: Kirchenpartnerschaften im geteilten Deutschland am Beispiel der Landeskirchen Württemberg und Thüringen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006.
- Schilling, Walter: Die „Bearbeitung“ der Landeskirche Thüringen durch das MfS. In: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin: Links, 1997, S. 211-266.
- Schroeter-Wittke, Harald: Der Deutsche Evangelische Kirchentag in den 1960er und 70er Jahren – eine soziale Bewegung? In: Hermle, Siegfried et al. (Hg.): Umbrüche. Der deutsche Protestantismus und die sozialen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahren. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2012, S. 213-225.
- Stier, Christoph: „Um der Kirche willen“. Regelüberprüfung und kirchenleitendes Handeln in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs. In: Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin: Links, 1997, S. 415-433.
- Vollnhals, Clemens: Zugleich Helfer der Opfer und Helfer der Täter? Gegenwärtige und historische Sperren für die evangelische Kirche bei der Aufarbeitung ihrer DDR-Vergangenheit. In: Ders. (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin: Links, 1997, S. 434-446.
- Wolle, Stefan: Die Aktenüberlieferung der SED als historische Quelle. In: Henke, Klaus-Dieter/Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin: Links, 1995, S. 211-219.